

| | |
|--|---|
| Steuern: Multinationale Unternehmen schätzen den Sozialstaat | 2 |
| Investivlohn: Betriebsräte beurteilen Kapitalbeteiligung zwiespältig | 3 |
| Rentenversicherung: Altersarmut – Vorbeugen im System | 4 |
| Gesundheit: Kliniken – Weniger Pflege für mehr Patienten | 6 |
| Studium: Staat schafft kaum sozialen Ausgleich | 7 |
| TrendTableau | 8 |

KONJUNKTUR

Wachstum wird schwächer

Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Ende des Aufschwungs. Denn sowohl die Nachfrage nach Investitionsgütern als auch die Auslandsnachfrage geht zurück. Wegen der hohen Teuerung wird der private Konsum die Konjunktur nicht stützen, prognostiziert das IMK.*

Überraschung in den ersten drei Monaten des Jahres 2008: Saisonbereinigt wuchs die Wirtschaft um 1,5 Prozent gegenüber dem letzten Quartal 2007. Verantwortlich dafür waren allerdings einige Sondereffekte, so das IMK. Insgesamt werde das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr 1,8 Prozent betragen. Für 2009 schätzen die Konjunkturforscher das Wachstum auf nur noch 0,9 Prozent.

Die kräftige Expansion Anfang des Jahres erklärt sich so: Wegen des milden Wetters blieb das Baugewerbe im Winter aktiv. Und die Unternehmen kauften im ersten Quartal ungewöhnlich viele Maschinen und Anlagen. „Hier ist es offenbar aufgrund von Produktionsengpässen bei den Investitionsgüterproduzenten zu verspäteten Lieferungen nach dem Jahreswechsel gekommen“, begründet Peter Hohlfeld, Konjunkturforscher des IMK, diese Entwicklung. Denn viele Firmen hatten noch versucht, die günstigeren Abschreibungsbedingungen von 2007 zu nutzen.

Diese Sondereffekte wirken sich seit April negativ aus. Die vorgezogenen Aufträge fehlen den Bauunternehmen nun. Und jetzt greifen auch die verschlechterten Abschreibungsbedingungen für Investitionsgüter. Weitere Faktoren dürften das Wachstum in naher Zukunft bremsen: Höhere Kreditzinsen, hohe Rohstoffpreise und pessimistischere Absatzperspektiven sorgen dafür, dass die Investitionsgüterindustrie im Herbst 2008 ihre Rolle als Konjunkturmotor verliert. Wegen der schwächeren Weltwirtschaft und des starken Euro werden auch die Exporte weniger zunehmen.

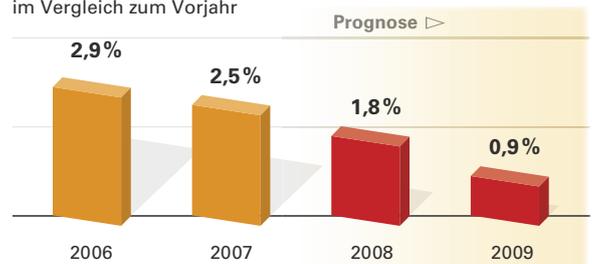
Der private Konsum kann diese Entwicklung nicht auffangen: Zwar werden die verfügbaren Einkommen 2008 steigen – nach Abzug der Inflation jedoch nur um 0,5 Prozent, schätzt das IMK. Da die Sparquote leicht zunehmen wird, rechnet das Forschungsinstitut lediglich mit 0,3 Prozent mehr Privatkonsum. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs auch nur bei 0,7 Prozent liegen. ◀

* Quelle: Peter Hohlfeld: Ende des Aufschwungs, Prognose-Update: Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2008, IMK Report Nr. 30 Juni 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Gemischte Konjunkturaussichten

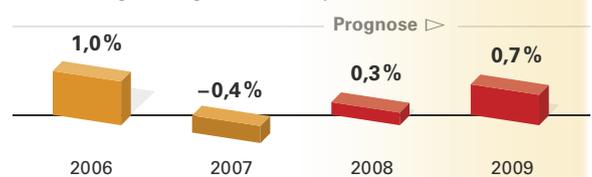
Wirtschaftswachstum auf Abwärtsfad

Veränderung des Bruttoinlandsproduktes im Vergleich zum Vorjahr



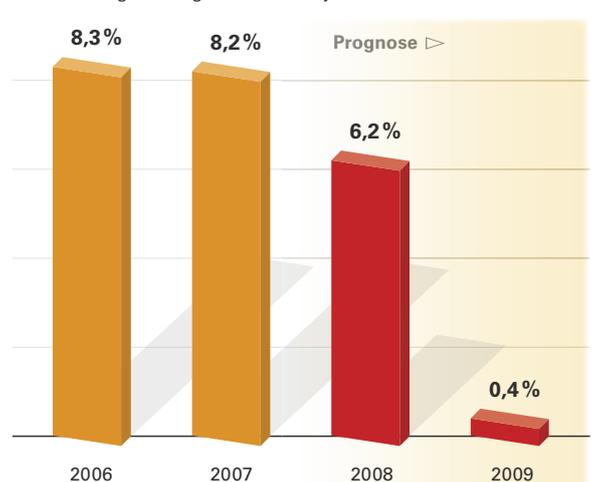
Privater Konsum erholt sich leicht

Veränderung im Vergleich zum Vorjahr



Investitionen der Industrie in Ausrüstungen brechen ein

Veränderung im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: IMK Juni 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Multinationale Unternehmen schätzen den Sozialstaat

Niedrigere Unternehmensteuern machen ein Land nicht notwendigerweise attraktiver für ausländische Investoren, zeigt eine Studie.* Auch staatliche Sozialausgaben sind internationalen Konzernen wichtig. Denn sie sorgen für ein gutes soziales Klima.

In der öffentlichen Diskussion entsteht häufig der Eindruck: Wer multinationale Unternehmen anlocken will, der muss nur kräftig die Steuern senken. Dieser Sichtweise widersprechen Holger Görg vom Kieler Institut für Weltwirtschaft sowie Hassan Molana und Catia Montagna von der Universität Dundee in Schottland. Die drei Ökonomen haben die

Hinderungsgrund für Investitionen, wenn sie im Gegenzug staatliche Leistungen erwarten, die ihr wirtschaftliches Umfeld verbessern. Und damit ist nicht nur die Qualität der öffentlichen Infrastruktur gemeint, also ein funktionierendes Verkehrsnetz und eine stabile Energieversorgung. Wichtig sind ihnen auch staatliche Ausgaben für soziale Zwecke. Denn diese fördern politische Stabilität und sozialen Frieden. Ebenso erhöhen sie die Leistungsmotivation der Beschäftigten sowie deren Bildung und Gesundheit, schreiben die Wissenschaftler.

Bezogen auf die einzelnen untersuchten Länder sehen die Forscher allerdings einige Unterschiede in den Wirkungen von Unternehmensteuern und Sozialausgaben auf Auslandsinvestitionen:

In **Portugal, den USA, Kanada, Australien oder Japan** wäre ein Ausbau des Sozialsystems sogar dann attraktiv für ausländische Investoren, wenn dieser mit höheren Steuern einherginge.

In **Deutschland, Frankreich, Finnland, Italien, Spanien, Griechenland und Neuseeland** kann aus der Sicht ausländischer Investoren eine Steuersatzerhöhung nicht durch eine Ausweitung der sozialen Leistungen aufgefangen werden.

In **Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und der Schweiz** haben Görg und seine Kollegen keinen Einfluss von Unternehmensteuern oder Sozialausgaben auf die Investitionsentscheidungen feststellen können.

Nicht eindeutig zuordnen lassen sich die Untersuchungsergebnisse für **Irland und Schweden**. Beide seien jedoch Ausnahmen unter den betrachteten Ländern – das eine ein kleines Land mit sehr hohen Auslandsinvestitionen, das andere mit sehr hohen sozialen Standards, so die Autoren.

Insgesamt urteilen die Ökonomen: Internationale Konzerne schätzen die sozialen Leistungen eines Wohlfahrtsstaates. Politiker müssten sich also weniger Sorgen machen, dass sie im Wettbewerb um mobiles Kapital dessen Besteuerung immer weiter senken müssen – und so dem Sozialstaat seine finanzielle Basis entziehen. ◀

Sozialstaat: Kein Schrecken für Investoren

■ Im Jahresdurchschnitt betrug im Zeitraum 1980–2000 die...
■ Auf Investitionen aus dem Ausland wirkte eine Erhöhung der...

| Land | staatlichen Sozialausgaben* | Unternehmensteuern** | ausländische Investitionen Mrd. US-\$ | staatlichen Sozialausgaben | Unternehmensteuern |
|----------------|-----------------------------|----------------------|--|----------------------------|--------------------|
| Deutschland | 23,2% | 27,9% | 18,6 | neutral | negativ |
| USA | 13,9% | 28,8% | 60,7 | positiv | negativ |
| Großbritannien | 22,5% | 25,9% | 29,3 | neutral | neutral |
| Schweden | 31,7% | 20,9% | 3,6 | negativ | positiv |

* Anteil am BIP; ** effektiver Grenzsteuersatz; Quelle: Görg u.a. 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

ausländischen Direktinvestitionen in 18 hoch entwickelten Industrienationen in den Jahren 1984 bis 1998 empirisch untersucht. Ihr Ergebnis: Multis sind nicht eindimensional auf die Steuerlast fixiert. Sie schauen auf das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ eines Investitionsstandortes.

Die Forscher entwickelten ein Schätzmodell, um zu bestimmen, wovon internationale Direktinvestitionsströme abhängen. Sie untersuchten den Einfluss der Faktoren Marktgröße, Arbeits- und Kapitalkosten, Handelshemmnisse, Veränderungen der realen Wechselkurse, den Umfang der Staatstätigkeit, die Infrastrukturausstattung und Geldentwertung. So konnten sie zeigen, dass multinationale Unternehmen nicht zwingend dort investieren, wo die Unternehmensteuern besonders niedrig sind.

Vielmehr gilt: Internationale Konzerne sehen in der Besteuerung von Unternehmensgewinnen immer dann keinen

* Quelle: Holger Görg, Hassan Molana, Catia Montagna:
Foreign Direct Investment, Tax Competition and Social Expenditure,
Institut für Weltwirtschaft, Mai 2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Betriebsräte beurteilen Kapitalbeteiligung zwiespältig

Betriebsräte beurteilen Mitarbeiter-Kapitalbeteiligungen unterschiedlich – je nachdem, ob sie solche Investivlöhne aus dem betrieblichen Alltag kennen oder nicht. Besonders weit gehen die Meinungen auseinander, was zusätzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten betrifft.

Wenn Betriebsräte bereits Erfahrung mit Arbeitnehmer-Kapitalbeteiligungen haben, schätzen sie entsprechende Programme anders ein als die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter: Sie halten Mitarbeiteraktien und ähnliche Beteiligungsformen eher für eine Möglichkeit, die Beschäftigten vom Unternehmenserfolg profitieren zu lassen. Die Risiken schätzen sie geringer ein. Gleichzeitig sind die Betriebsräte mit Praxiserfahrung skeptischer, was erweiterte Mitsprachechancen angeht: Nur 12 Prozent von ihnen glauben, dass Kapitalbeteiligung den Einfluss der Beschäftigten auf die Unternehmenspolitik erhöht. Von allen Betriebsräten – mit oder ohne konkrete Erfahrung mit Kapitalbeteiligung – rechnen dagegen fast 40 Prozent mit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten durch finanzielle Beteiligungskonzepte. Das geht aus der jüngsten WSI-Betriebsrätebefragung hervor, die WSI-Forscher Reinhard Bispinck und Wolfram Brehmer ausgewertet haben.*

„Anscheinend hat sich der Wert der von Arbeitnehmern gehaltenen Firmenanteile in der Vergangenheit meist zur Zufriedenheit der Betriebsräte entwickelt“, interpretiert WSI-Vergütungsexperte Bispinck die Ergebnisse. Dennoch sei vielen Betriebsräten das mit Kapitalbeteiligungen verbundene Risiko bewusst. Die Hoffnung, finanzielle Beteiligung würde durch eine veränderte Unternehmenskultur oder direkte Einflussnahme auf Gesellschafterebene zu mehr Mitsprache führen, sei jedoch „offenbar unbegründet“, stellt Bispinck fest.

Insgesamt stufen Bispinck und Brehmer die Haltung der Betriebsräte als „ambivalent“ ein: „Zwar sehen sie Chancen, die Beschäftigten am Unternehmenserfolg zu beteiligen, aber zugleich betonen die Betriebsräte die Risiken“. Uneingeschränkte Zustimmung oder Ablehnung äußerte lediglich ein Viertel der Befragten, wobei die kritischen Stimmen klar überwiegen.

Kapitalbeteiligungen sind relativ selten: Nur in knapp acht Prozent der Betriebe ab 20 Mitarbeitern mit gesetzlicher Arbeitnehmervertretung gibt es laut WSI Kapitalbeteiligungen für Mitarbeiter. Am häufigsten sind Mitarbeiteraktien oder Aktienoptionen. Vergleichsweise stark sind solche Investivlohnmodelle in der Kredit- und Versicherungswirtschaft verbreitet, hier macht fast jedes fünfte Unternehmen seinen Mitarbeitern Beteiligungsangebote. Überdurchschnittlich oft sind Kapitalbeteiligungen in Betrieben anzutreffen,

- ▶ die einen hohen Anteil qualifizierter Mitarbeiter haben,
- ▶ die Mitarbeiter auch gewinnabhängig bezahlen,
- ▶ die einer ausländischen Muttergesellschaft gehören,
- ▶ in denen Betriebsrat und Geschäftsführung weitgehend störungsfrei zusammenarbeiten.

Der WSI-Untersuchung zufolge waren die Unternehmen in der jüngeren Vergangenheit auf dem Gebiet Kapitalbeteiligung recht aktiv: Gut 40 Prozent der praktizierten Investivlohnmodelle wurden nach Angaben der Betriebsräte erst nach dem Jahr 2000 eingeführt.

Verbreiteter sind gewinnabhängige Vergütungen. In gut jedem dritten Betrieb bekommen Beschäftigte Zahlungen, die vom Betriebsergebnis abhängen. Diese Betriebe

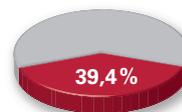
- ▶ zeichnen sich oft durch eine besonders gute Gewinnsituation aus,
- ▶ beschäftigen viele höher qualifizierte Mitarbeiter,
- ▶ haben oft 500 Beschäftigte und mehr,
- ▶ haben oft eine Geschäftsführung, die mit dem Betriebsrat kooperativ zusammenarbeitet.

Bei Betriebsräten umstritten

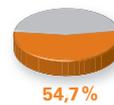
Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung, sagen Betriebsräte...

■ **aller Unternehmen** ■ **in Unternehmen mit Beteiligung***

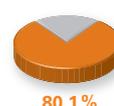
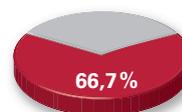
... ist geeignet, die Mitbestimmung auszuweiten



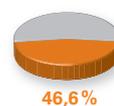
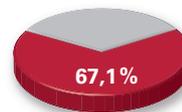
... nutzt vor allem den Unternehmen



... ist ein geeignetes Instrument zur Teilhabe an positiver Unternehmensentwicklung



... ist für die Beschäftigten mit Risiken behaftet



* 7,8% der Betriebe bieten ihren Mitarbeitern Kapitalbeteiligung; repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat; Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2007 © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Betriebe, die tarifgebunden sind, nutzen gewinnabhängige Bezahlung seltener. Ähnlich wie bei der Kapitalbeteiligung sind ertragsorientierte Vergütungsmodelle bei Banken und Versicherungen besonders häufig. In dieser Branche zahlt mehr als jeder zweite Betrieb erfolgsabhängig. ◀

* Quelle: Reinhard Bispinck, Wolfram Brehmer: Gewinnabhängige Bezahlung und Kapitalbeteiligung: Urteil der Betriebsräte, in: WSI-Mitteilungen 6/2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Altersarmut: Vorbeugen im System

Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Rentenkürzungen führen in den kommenden Jahren zu einer Rückkehr der Altersarmut – wenn nicht die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt wird.

Altersarmut war in den vergangenen Jahren in Deutschland kein vorrangiges Problem. Das Risiko, in Armut zu leben, ist für Senioren kleiner als für den Rest der Bevölkerung. Doch schon bald könnten deutlich mehr Ältere unter die Armutsgrenze rutschen. Damit rechnen Claudia Bogedan und Simone Leiber vom WSI sowie Anika Rasner vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung.* Die Zunahme der Altersarmut ist nicht in erster Linie eine Folge der Demografie oder des Umlageverfahrens in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Wissenschaftlerinnen führen andere Gründe für die absehbare Rückkehr der Altersarmut an: Arbeitslosigkeit, mehr Niedriglöhne und atypische Beschäftigung. Zudem verschärft sich die finanzielle Situation der Älteren durch eine Rentenpolitik, die vornehmlich auf die Stabilität des Versicherungsbeitrags zielt und dafür das Rentenniveau abgesenkt hat.

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt gefährden die Alterssicherung vieler Menschen. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors macht sich bemerkbar – noch Jahre später, wenn die Niedriglöhner ins Rentenalter kommen. Wer wenig verdient, kann nicht sparen und nur dürftige Rentenansprüche sammeln. Auch die weit verbreitete Arbeitslosigkeit schlägt auf das Einkommen im Ruhestand durch – in ostdeutschen Bundesländern durchläuft ein durchschnittlicher Erwerbstät-

tigte frühe Rente erkaufen sie mit Abschlägen – also lebenslangen Rentenkürzungen.

Der Zuwachs der atypischen Beschäftigung ab Mitte der 90er-Jahre erschwert es einem großen Teil der Erwerbstätigen, konstant Rentenansprüche zu sammeln. 2005 hatte gut ein Drittel aller Beschäftigten keine reguläre Vollzeitstelle, unter den Frauen sogar knapp 54 Prozent. Minijobber verdrängen andere Jobs und für sie werden nur geringe Sozialbeiträge gezahlt. Diese Entwicklung wird erhebliche Auswirkungen auf die Alterssicherung haben, prognostizieren Bogedan und Rasner. Die Forscherinnen stützen sich auf die Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland“ (AVID) des Arbeitsministeriums und der Deutsche Rentenversicherung. Diese Studie kombiniert eine Umfrage zu den erwarteten Alterseinkommen mit Informationen aus den Versicherungskonten von 1942 bis 1961 Geborenen. Deutlich wird dabei auch, dass Frauen weiterhin im Alter schlechter versorgt sind als Männer. Viele Frauen haben nur geringe eigene Rentenansprüche und sind vom Alterseinkommen ihres Mannes abhängig. Altersarmut ist auch die Folge einer Familienpolitik, die vor allem die Berufstätigkeit des Mannes im Auge hatte.

Rentenreformen werden Altersarmut befördern. „Mit dem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung demografiefest zu machen, wurde langfristig eine Absenkung des Rentenniveaus

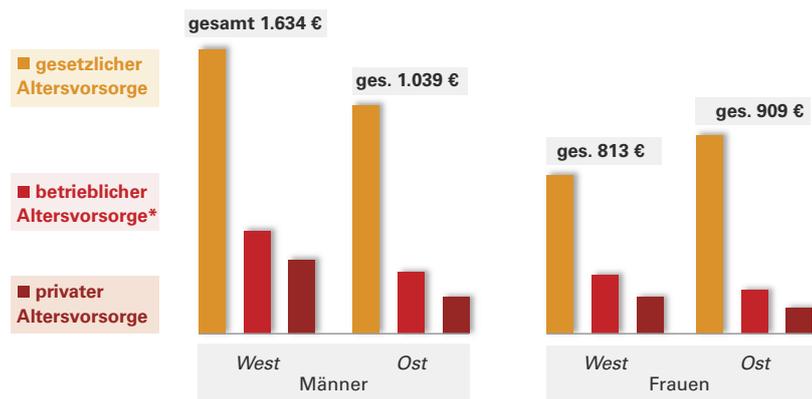
gesetzlich verankert“, stellen die Wissenschaftlerinnen fest. Erworbene Rentenansprüche sind künftig weniger wert, weil eine neue Rentenanpassungsformel die Renten von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung entkoppelt hat. In den vergangenen Jahren stand allein die Stabilität des Beitragssatzes im Fokus der Politik – nicht die Höhe der Leistungen. Die Reformen haben die Probleme der Rentenversicherung jedoch nicht gelöst, sondern eher verschärft, erklären Bogedan, Leiber und Rasner. „Die Absenkung des Netto Rentenniveaus bedeutet, dass viele Rentner trotz langer Beschäftigungszeiten am Ende eine monatliche Rente im Bereich der Grundsicherung erhalten werden.“ Wären die bereits beschlossenen Rentenreformen heute schon voll wirksam, so erhielte der Eckrentner nur noch 900 Euro Rente – im Vergleich zu 1.200 Euro vor den Reformen. Re-

formen der Kranken- und Pflegeversicherung schmälern die künftigen Alterseinkommen zusätzlich.

Die Forscherinnen beobachten eine „wachsende Unsicherheit über das eigene zu erwartende Alterseinkommen“. Der Politikwechsel der vergangenen Jahre macht die Alterssicherung komplexer. Das Mehrsäulen-Modell aus gesetzlicher Rente plus privater Vorsorge und Betriebsrente schützt schlechter vor Armut, so die Expertinnen. Denn die Förderung des

Drei Säulen mit ungleicher Tragkraft

Die Alterssicherung der Jahrgänge 1942 bis 1961 besteht aus ...



*im öffentlichen Dienst: Zusatzversorgung – Männer West 358 €/Ost 204 €, Frauen West 159 €/Ost 97 €
Quelle: Bogedan, Rasner 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

tiger derzeit bis zu zehn Jahre Arbeitslosigkeit. Zwar zahlt die Arbeitslosenversicherung Beiträge in die Rentenkasse, doch das nur in bescheidenem Umfang. Ein ALG-II-Bezieher erwirbt je Monat gerade mal einen Rentenanspruch von 2,19 Euro. Die Verweildauer im etwas großzügigeren ALG I wurde im Zuge der Hartz-Reformen erheblich gekürzt. Außerdem müssen ältere Erwerbslose vorzeitig in Rente, um überhaupt ein Einkommen zu haben. Die benö-

privaten Sparens erreicht gerade jene Menschen nicht, die von Altersarmut bedroht sind: Niedriglöhner und Arbeitslose haben zu wenig Geld, um eine Riester-Rente aufzubauen. Die acht Millionen ärmsten Haushalte in Deutschland schaffen es nicht zu sparen oder verschulden sich. Die 4,2 Millionen reichsten Haushalte können dagegen 22 Prozent ihres Einkommens zur Seite legen. Auch Betriebsrenten eignen sich kaum als flächendeckender Armutschutz; laut AVID haben nur 29 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen eine.

Nur die gesetzliche Rente kann Schutz vor mehr Altersarmut bieten. Der Abdeckungsgrad der gesetzlichen Rentenversicherung ist weitaus größer als die Reichweite von Betriebsrenten und privater Vorsorge. Fast alle Männer und Frauen haben zumindest zeitweise in die Rentenkasse eingezahlt und Ansprüche erworben. Daher bleibt sie auch in Zukunft die wichtigste Sicherungsform, folgern Bogedan und Leiber. Die gesetzliche Rente ist keine Fürsorge-Einrichtung, doch die Empirie zeigt: Hier fällt die Entscheidung über Altersarmut. Wer arm ist im Alter, hat in der Regel zu wenig in die Rentenkasse eingezahlt.

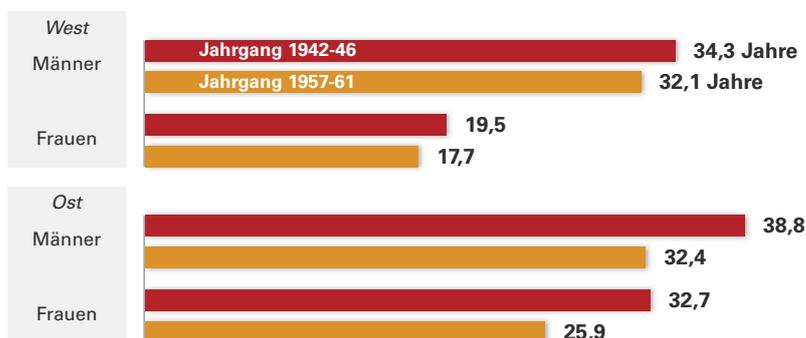
Weil es auf die gesetzliche Rentenversicherung ankommt, empfehlen Bogedan und Leiber, dieses System zu stärken. Die gesetzliche Rente habe eine hohe Legitimation, die nicht weiter aufs Spiel gesetzt werden sollte. Das Problem seien Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit, nicht das Umlageverfahren.

Gegenwärtig werden unterschiedliche Wege zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung diskutiert. Der Vorschlag einer Mindestrente für langjährig Versicherte reagiert auf das Problem, dass viele Erwerbstätige nur unzureichende Rentenansprüche sammeln. Doch das Instrument hilft nur dann gegen Altersarmut, wenn die Hürde nicht zu hoch liegt. Sollte für diese Renten-Aufstockung eine Mindest-Versicherungszeit von 35 Jahren nötig sein, schließt das ausgerechnet die Menschen mit dem höchsten Armutsrisiko aus. Kleine Selbstständige und Frauen würden von dieser Lösung nicht profitieren, erklären Bogedan und Leiber. Von den Männern, die 2006 in Rente gegangen sind, kamen rund 78 Prozent auf 35 und mehr Versicherungsjahre. Bei den Frauen konnten nur rund 37 Prozent diese Versicherungsdauer vorweisen, in Westdeutschland schaffen es drei von vier Frauen nicht.

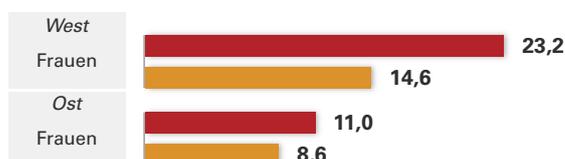
Hilfen für Geringverdiener und Arbeitslose. „Es bleibt Aufgabe des Staates, Menschen zu schützen, die wegen Langzeitarbeitslosigkeit, Zeiten selbstständiger Tätigkeit, sozialversicherungsfreier Beschäftigung und niedriger Löhne nur geringe Ansprüche in der gesetzlichen Rente erwerben können und daher besonders schlechte Alterseinkommen zu erwarten haben“, erklären die Expertinnen. Sie nennen eini-

Alterssicherung: Jüngere Jahrgänge haben längere Auszeiten und sind kürzer im Beruf

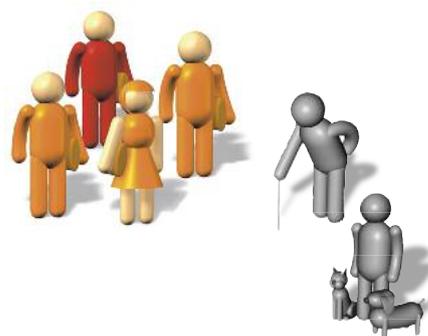
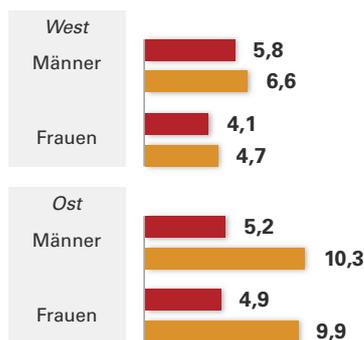
So lange haben aus einer Vollzeitbeschäftigung in die Rentenkasse eingezahlt:



So lange haben einen Haushalt geführt (mit oder ohne Kinder):



So lange waren arbeitslos:



Quelle: Bogedan, Rasner 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

ge Möglichkeiten, wie dieser Schutz aussehen kann. Die Einführung eines Mindestlohns würde höhere Rentenansprüche vieler Niedriglöhner nach sich ziehen. Die Rentenversicherung der abhängig Beschäftigten ließe sich zu einer Versicherung aller Erwerbstätigen erweitern, dann wären kleine Selbstständige und vorübergehend Arbeitslose besser erfasst, zwei besondere Risikogruppen.

Eine weitere Stütze gegen Altersarmut wäre es, den vorzeitigen Abschied älterer Arbeitsloser aus dem Erwerbsleben nicht mit lebenslangen Rentenabschlägen zu bestrafen. Und Frauen würden im Alter davon profitieren, wenn sie in jungen Jahren bessere Berufschancen haben, etwa durch eine bessere öffentliche Kinderbetreuung. Ein rasch umzusetzender Schritt: Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Erwerbslosen einen höheren Beitrag in die Rentenkasse. Zudem könnten die Rentenbeiträge von Geringverdienern künftig höher bewertet werden als bisher. ◀

Quelle: Claudia Bogedan, Annika Rasner: Arbeitsmarkt x Rentenreformen = Altersarmut? In: WSI Mitteilungen 3/2008; Simone Leiber ist Referatsleiterin Sozialpolitik im WSI
Download unter www.boecklerimpuls.de

Kliniken: Weniger Pflege für mehr Patienten

In keinem anderen europäischen Land wurden in den vergangenen 15 Jahren so viele Krankenhäuser privatisiert wie in Deutschland.

Der Anteil der Krankenhausbetten in Kliniken privater Träger ist hierzulande fast so hoch wie in den USA. Er liegt bei rund 14 Prozent. Knapp die Hälfte der Klinikbetten steht in öffentlichen Krankenhäusern, die übrigen in den Spitälern so genannter freigemeinnütziger Träger. Das sind in erster Linie Kirchen und Wohlfahrtsverbände. Im internationalen Vergleich fällt auf, wie stark sich das Gewicht in der jüngsten Vergangenheit zugunsten privater Gesundheitskonzerne verschoben hat. Dies zeigt eine Analyse des WSI im Auftrag der Europäischen Kommission.*

sellschaften ausgelagert, zum Beispiel Reinigung, Wäscherei, Küche oder Labore.

Als einen Grund für die Privatisierungsbestrebungen sieht das WSI die Umstellung des Finanzierungssystems in den 90er-Jahren: Heute bekommen die Krankenhäuser keine Tagessätze mehr von den Krankenkassen erstattet, sondern je nach Diagnose nur noch eine bestimmte Fallpauschale. Nach Prognosen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung wird 2008 ein Drittel aller Krankenhäuser rote Zahlen schreiben.

Ein weiterer Faktor, der Privatisierungen aus Sicht von Finanzministern und Kämmerern attraktiv macht: Den öffentlichen Krankenhäusern fehlen Investitionsmittel von mehr als 50 Milliarden Euro. Diese Zahl nennt die Deutsche Krankenhausgesellschaft. Eine andere

Studie kommt auf den doppelten Finanzbedarf. Mit Privatisierungen sei oft die Hoffnung verbunden, privates Kapital für die nötigen Investitionen zu mobilisieren, so das WSI.

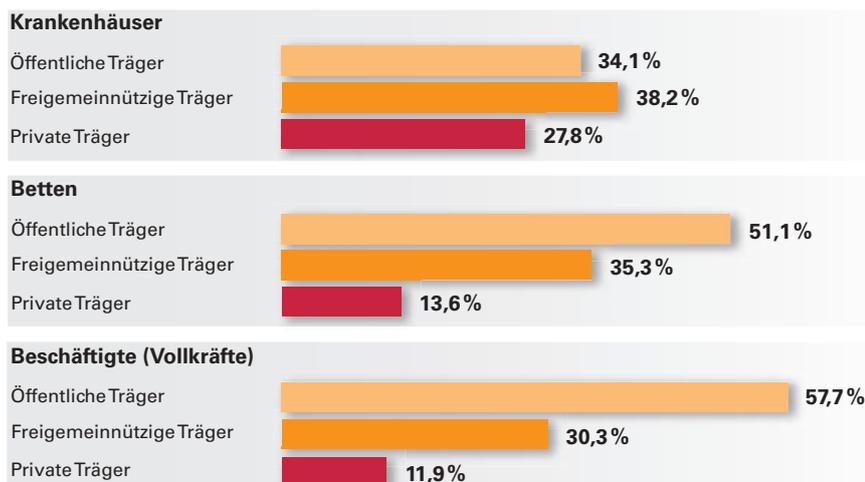
Der Trend „zur Ökonomisierung des Krankenhauswesens“ hat dem WSI zufolge erhebliche Konsequenzen für Beschäftigte und Patienten: Weil die Personalausgaben etwa 60 Prozent der Gesamtkosten ausmachen, wird gerade hier gespart. Seit Anfang der 90er-Jahre ist die Beschäftigung in Krankenhäusern um gut neun Prozent zurückgegangen – obwohl die Patientenzahl gestiegen ist. Dass jede einzelne Pflegekraft immer mehr Patienten versorgen muss, sei besonders in

privatisierten Häusern zu beobachten, so die Untersuchung. Dies spiegelt sich auch in Patientenbefragungen wider: Wegen des ungünstigen Betreuungsschlüssels geben Patienten privaten Kliniken schlechte Noten.

Kritisch bewertet das WSI auch die Tarifpolitik privater Kliniken. In der Regel würden die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes aufgekündigt und neue Haus- oder Konzernverträge abgeschlossen. Dabei strebten die Arbeitgeber oft eine größere Lohnspreizung an: Genauso viel oder mehr für die Ärzte – und weniger für die Pfleger. ◀

Krankenhäuser in Deutschland

Trägerschaft, Bettenzahl und Beschäftigte deutscher Krankenhäuser 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des WSI 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Infolge zahlreicher Privatisierungen hat sich der Anteil kommerzieller Krankenhäuser an allen Kliniken von 1991 bis 2006 von 15 auf über 27 Prozent nahezu verdoppelt. Dem Zuwachs bei den privaten stehen entsprechende Verluste auf Seiten der öffentlichen Kliniken gegenüber, während der Anteil freigemeinnütziger Träger in etwa konstant geblieben ist.

Das WSI rechnet damit, dass sich „die Privatisierungswelle in den nächsten Jahren weiter fortsetzen wird“. Bald könnten 40 Prozent aller Krankenhäuser in privater Hand sein, so die Prognose der Wissenschaftler. Mehr als die Hälfte der verbliebenen öffentlichen Krankenhäuser haben bereits die Rechtsform gewechselt. Und die Umwandlung in Körperschaften privaten Rechts sei oft der erste Schritt zur vollständigen, „materiellen“ Privatisierung, so die Studie. Zudem würden viele Teilbereiche an private Anbieter vergeben oder in Tochterge-

* Quelle: Nils Böhlke und Thorsten Schulten: Aktualisierte Ergebnisse aus dem Projekt Privatisation of Public Services and the Impact on Quality, Employment and Productivity; Unter Privatisierungsdruck, in: Magazin Mitbestimmung 6/2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Staat schafft kaum sozialen Ausgleich

Der Staat unterstützt Studierende – aber nicht nach Bedürftigkeit. Studierende aus der Oberschicht erhalten fast genau so viel Geld vom Staat wie ärmere Hochschul­er.

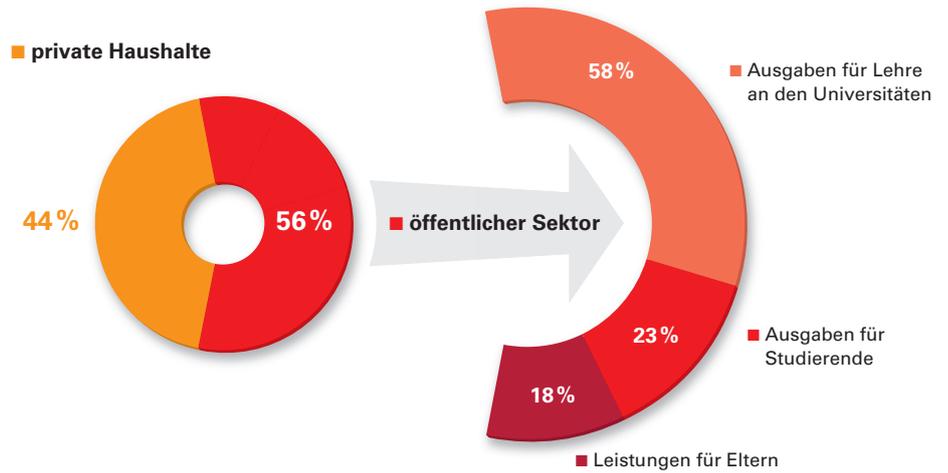
Studierende mit wenig Geld werden vom Staat gefördert – jedoch nur unwesentlich besser als andere. Wer während des Studiums bei seinen Eltern wohnt, bekommt jährlich im Schnitt 4.669 Euro vom Staat. Kinder gut betuchter Eltern schneiden aber kaum schlechter ab, sie erhalten nur knapp 150 Euro weniger. Wenn die Hochschul­er eine eigene Wohnung haben, beträgt die Differenz auch nur 600 Euro pro Jahr. Zu diesem Ergebnis kommt eine Berechnung der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS).^{*} Die Forscher des HIS haben alle Transfers und Vorzugsbehandlungen aufgelistet, mit denen der Staat Studierenden

und ihren Eltern unter die Arme greift. Zwar zielen einige staatliche Unterstützungen wie das BAföG darauf ab, soziale Ungleichheiten zu relativieren. Doch zugleich gibt es unabhängig vom sozialen Status gewährte Hilfen, wie etwa Subventionen für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, für das Semesterticket und die Mensa.

Außerdem unterstützt der Staat auch die Eltern der Studierenden, indem er ihnen länger Kindergeld zahlt und Steuererleichterungen wie den Ausbildungsfreibetrag gewährt. Bei-

Studienfinanzierung aus zwei Quellen

Von den Aufwendungen für Hochschulbildung in Deutschland tragen ...



des kommt vor allem einkommensstarken Familien zu Gute.

Großbritannien, die Niederlande und Spanien unterstützen – anders als Deutschland und Tschechien – besonders ärmere Studierende. Das macht ein Ländervergleich deutlich, zu dem das HIS den deutschen Beitrag lieferte. Allerdings gibt es in Europa auch die gegenteilige Praxis. In Norwegen bekommen wohlhabende Jungakademiker, die zu Hause leben, sogar mehr als Ärmere. In Norwegen bestehen die staatlichen Hilfen aus einer Kombination von Stipendium und Darlehen. Weil junge Menschen aus ärmeren Schichten mehr Angst vor Schulden haben und darum seltener Kredite aufnehmen, profitieren sie weniger von der staatlichen Unterstützung, erklären norwegische Forscher.

Jährlich werden in Deutschland insgesamt etwa 30 Milliarden Euro für die akademische Bildung ausgegeben, etwas mehr als die Hälfte davon aus öffentlichen Haushalten. Von den staatlichen Ausgaben geht jedoch nur ein vergleichsweise geringer Teil direkt an die Universitäten und Fachhochschulen. Im internationalen Durchschnitt bekommen die Hochschulen 80 Prozent der Ausgaben, in Deutschland aber gerade mal 58 Prozent. Entsprechend hoch fällt der Anteil aus, den Privathaushalte beziehen. Ebenfalls besonders auffällig ist der hohe Anteil, den die Eltern der Studierenden empfangen. Das unterstreicht, so das HIS, dass Studierende in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern als von ihren Eltern unterhaltsrechtlich abhängige Personen betrachtet werden. ◀

Erhalt des sozialen Status quo

Förderung Studierender* nach sozialem Hintergrund:

| | niedrig | hoch | |
|--|---------|---------|------------------------------------|
| Leistung: | | | Effekt: |
| Zuschüsse durch BAföG, Stipendien | 1.735 € | 337 € | Verringerung sozialer Unterschiede |
| BAföG-Darlehen | 203 € | 35 € | |
| Steuerfreibeträge für Eltern | 0 € | 982 € | Verschärfung sozialer Unterschiede |
| Kindergeld | 1.848 € | 1.848 € | einheitlich wirkend |
| Kranken- und Pflegeversicherung | 1.512 € | 1.512 € | |
| Studentische Einrichtungen, Semesterticket | 422 € | 422 € | |

* Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen
Quelle: Hochschul-Informationssystem 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

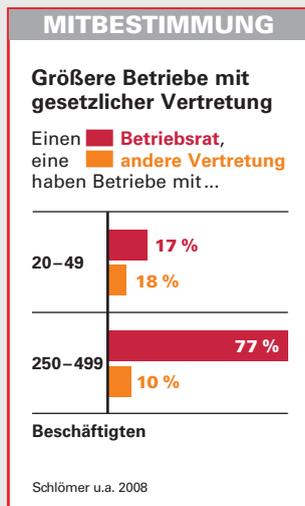
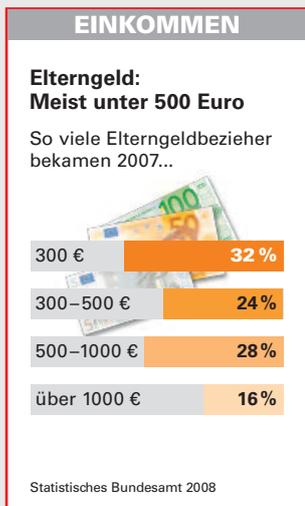
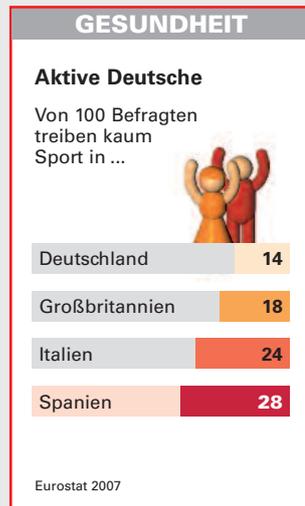
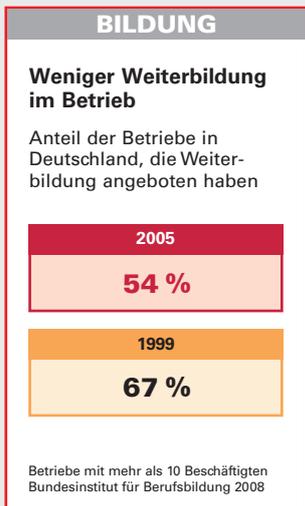
* Quelle: Astrid Schwarzenberger (Ed.): Public/private funding of higher education: a social balance, HIS: Forum Hochschule 5/2008; Astrid Schwarzenberger, Christoph Gwosd: Kostenaufteilung für Hochschulbildung, in: HIS-Magazin 5/2008

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **STEUERN:** Die Umverteilungswirkung des Steuer- und Abgabensystems hat nachgelassen: Während die staatliche Umverteilung 1995 noch 65 Prozent der Haushalte mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens über die Armutsschwelle hob, waren es 2005 nur noch 58 Prozent. Dem entspricht eine Entlastung der Reichsten: 82 Prozent der Haushalte, die ohne Ab-

gaben mehr als das Dreifache des mittleren Einkommens gehabt hätten, zahlten 1995 soviel an Finanzminister und Sozialkassen, dass sie wieder unter die 300-Prozent-Grenze rutschten. 2005 war dies nur noch bei 69 Prozent der reichen Haushalte der Fall. Das geht aus der Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung Deutschlands hervor.
 SOEB 2008

► **ARBEITSMARKT:** Aufstiege aus dem Niedriglohnsektor sind selten: Einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge gelingt nur jedem achten Geringverdiener der Sprung in einen besser bezahlten Job. Die Forscher haben die Erwerbsbiografien von Vollzeitbeschäftigten untersucht, deren Lohn in den Jahren 1998 und 1999 unter

der Niedriglohngrenze lag. Sechs Jahre später waren 34 Prozent weiterhin vollzeitbeschäftigte Niedriglöhner, 14 Prozent Teilzeit- oder Minijobber, 10 Prozent arbeitslos und 29 Prozent nicht mehr erwerbstätig oder selbstständig. Lediglich 13 Prozent hatten eine volle Stelle mit einem Bruttolohn über 1.779 Euro (West) oder 1.323 Euro (Ost).
 IAB, Juni 2008